

Haushaltsrede Alois Meyer, Fraktion Freie Wähler im Kreistag Bernkastel – Wittlich anl. Kreistagssitzung am Montag, den 16.12.24

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen noch ganz gut da!

Ich glaube dieser Satz bringt die Kreisfinanzen auf den Punkt, wir müssen den Satz aber auch gleich wieder relativieren:

Wir stehen noch ganz gut da, im Vergleich zu anderen Kreisen in Rheinland-Pfalz.

aber

Die Aussichten sind nicht die Besten.

Mit einem Defizit im Ergebnis- und Finanzaushalt 2024 und auch einem geplanten Defizit in gleicher Höhe in 2025 von rd. 4,5 Mio Euro ist der Kreis Bernkastel-Wittlich gewissermaßen der Einäugige unter den Blinden. Wir freuen uns schon, dass das Defizit nicht höher ausfällt, wir sind also schon mit wenig zufrieden.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Blick auf ein einzelnes Haushaltsjahr kann trügerisch sein.

Weiten wir unseren Blick einmal auf die Entwicklung, so müssen wir feststellen, dass die öffentlichen Haushalte drastisch im Gesamtvolumen zugenommen haben. Belief sich das Volumen im Jahr 2014 noch auf rd. 170 Mio Euro, so sind wir im Jahr 2025 schon bei rd. 310 Mio Euro angekommen, also nahezu eine Verdopplung des Haushaltsvolumens und damit auch der Gelder, die wir den Bürgerinnen und Bürger abnehmen müssen, um den HH zu finanzieren. Sicherlich leistet die überbordende Bürokratie hier auch ihren Beitrag, aber es sind vor Allem die Sozialausgaben, die uns seit Jahren Sorge machen müssen. So beläuft sich der Anteil der Sozialausgaben im HH 2025 auf mittlerweile rd. 170 Mio Euro, also mehr als die Hälfte unseres Gesamthaushaltes.

Ja, wir investierten.

Wir investieren auf einem Durchschnittsniveau der letzten Jahre, auch wenn mit der Investitionssumme bei weitem nicht mehr das realisiert werden kann, was noch vor wenigen Jahren damit möglich war. So ist auch dieser Betrag zu relativieren. Ohne genau umzurechnen, so ist der investierte Euro heute bei Weitem nicht mehr das wert, was er noch vor wenigen Jahren wert war. Die Kosten explodieren im privaten wie im öffentlichen Bereich.

Auf der Einnahmeseite freuen wir uns über höhere Schlüsselzuweisungen B und ein höheres Aufkommen aus der Kreisumlage, ohne dass wir diese erhöhen müssen. Das ist ein wichtiges Signal an unsere Gemeinden, denen es vielfach noch schlechter geht als dem Kreis. Wir alle würden uns sicher wünschen, dass wir die Umlage senken könnten, aber das halte selbst ich angesichts der auf uns zukommenden, sich verschlechternden Rahmenbedingungen für nicht geboten.

Ein weiteres Sorgenkind ist und bleibt der ÖPNV.

Wir haben mit der Einführung der neuen Linienbündel den ÖPNV drastisch verbessert. Aber wir sind weiterhin skeptisch, ob das bessere Angebot auch tatsächlich im notwendigen Maße von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird. Ja, es hat kurzfristig zu mehr Kunden geführt, allerdings liegt das wohl auch zum großen Teil an der Einführung des Deutschlandtickets. Unterm Strich ist der ÖPNV ein immenses Zuschussprojekt, dessen Finanzierungslücke wohl eher größer als kleiner werden wird. In den nächsten 9 Jahren – so lange laufen die Linienbündel im Wesentlichen - wird sich zeigen müssen, ob das Angebot in dem Maße weiterhin aufrecht erhalten werden kann oder ob wir gänzlich neue Wege der Mobilität für unsere ländliche Bevölkerung finden müssen. Wir sollten alles daran setzen, das Experiment zum Erfolg zu führen. Hier müsste u.E. noch deutlich mehr Energie in die Bewerbung der Möglichkeiten gesteckt werden. Viele Bürgerinnen und Bürger sind immer noch nicht ausreichend über die Verbindungen informiert. Nach mir vor bin ich davon überzeugt, dass die Zukunft der Mobilität auf dem Lande, zumindest teilweise in der E-Mobilität mit dem eigenproduzierten Strom von der eigenen Solaranlage liegt und nicht im hochsubventionierten und bisher unwirtschaftlichen ÖPNV. Die Suche nach einer guten Zukunftslösung geht weiter.

Unsere Kinder sind uns wichtig.

Das zeigen auch die Investitionen in unsere Schulen und Kitas.

Aber auch hier müssen wir feststellen, dass wir mit dem investierten Geld bei weitem nicht mehr das erreichen, was noch vor Jahren möglich war. Hier gilt es unseres Erachtens insbesondere die Standards, die nicht zur besseren Betreuung und Bildung führen, auf den Prüfstand zu stellen. Vor Allem sollte geprüft werden, ob ständig veränderte Standards auch tatsächlich zu mehr Bildung bei unseren Kindern führen. Mehr Geld führt nicht automatisch zu besserer Bildung. Ständig neue pädagogische Experimente, die i.d.R. jedes Mal immense Summen verschlingen, haben bisher keinen signifikant besseren Bildungsstandard gebracht. Wir leisten unseren Beitrag, damit Rahmenbedingungen und Ausstattung verbessert werden und damit Bildung in unseren Schulen und Kitas erfolgreich vermittelt werden kann. Auf die Bildung selbst haben wir leider keinen Einfluss.

Ein beträchtlicher Posten im Haushalt sind auch die Kosten für den Asylbereich.

Die Krisen in der Welt werden nicht weniger und somit müssen wir uns wohl dauerhaft auf wachsende Aufgaben und Ausgaben in dem Bereich einstellen.

Ja, wir Freien Wähler stehen zum Recht auf Asyl. Uns ist es ein großes Anliegen, dass verfolgte Menschen bei uns sicher aufgenommen werden. Das ist unsere moralische Pflicht.

Wir sehen jedoch erhebliche Defizite darin, wie das Asylrecht in der Praxis von Politik und Verwaltungen umgesetzt wird. Statt diese Menschen schnell zu integrieren und insbesondere auch schnell in Arbeit zu bringen, wurden und werden Hürden aufgebaut, die dieses nicht befördern sondern eher behindern und verhindern.

Wir sind der Überzeugung, dass Integration nicht mit der Unterbringung der Geflüchteten endet, sondern erst dort beginnt. Es muss uns gelingen, Geflüchtete ab dem ersten Tag zunächst über gemeinnützige, öffentliche Arbeitsprogramme in Arbeit zu bringen, jedoch mit dem Ziel, dann auch für Diejenigen mit Bleibeperspektive, den Schritt in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Das Ganze darf nicht auf Freiwilligkeit beruhen, sondern muss

verpflichtend sein. Über diesen Weg würde auch viel politischer Sprengstoff entzogen werden.

Mir ist bewusst, dass der Kreis hier nur einen begrenzten Handlungsspielraum wegen teilweise fehlender Zuständigkeit hat, aber wir können unsere Möglichkeiten nutzen und auch unsere Kanäle in die zuständigen Gremien auf politischer Ebene aktivieren.

Gegenwärtig haben viele Bürgerinnen und Bürger den Eindruck, dass Politik und Verwaltung nicht in der Lage sind, die Aufgabe vernünftig und zielorientiert zu bewältigen. Es ist daher höchste Zeit, die Aufgabe konsequent auf allen Ebenen anzugehen.

Unsere Straßen:

Unsere Straßen sind existentiell für die Wirtschaft, den Tourismus und auch für jeden einzelnen Mitbürger in unserem Landkreis. Sie werden es auch in Zukunft bleiben, denn Verlagerungen auf die Schiene oder den ÖPNV sind in einem ländlich geprägten Landkreis nur begrenzt möglich und wirtschaftlich kaum darstellbar. Und wenn wir die E-Mobilität als Zukunft der Mobilität sehen, dann braucht es auch hierfür die Straßen.

Uns sollte es nicht ergehen wie dem Bund, der jetzt feststellen muss, dass man über Jahrzehnte notwendige Sanierungen an Straßen, Brücken und Bahnlinien hat schleifen lassen und nun feststellen muss, dass das marode Netz zu einem weiteren Sargnagel unserer angeschlagenen Wirtschaft wird.

Die Unterhaltung unseres Straßennetzes sollte uns wichtig sein.

Umso bedauerlicher ist es, dass aufgrund landesgesetzlicher Vorgaben Straßen in unserem Kreis in nicht unerheblichem Umfang zu Gemeindestraßen abgestuft werden sollen und somit aus der Unterhaltungspflicht des Kreises entlassen werden. Die betroffenen Gemeinden erhalten eine Hypothek für die Zukunft, die mitunter zur finanziellen Existenzbedrohung für die entsprechende Gemeinde werden kann. Damit nicht genug. Das Land behält die bisher an die Kreise ausgezahlten Gelder für die laufende Unterhaltung der Straßen nach Abstufen ein und lässt die Gemeinden im Regen stehen. Sie sollen es künftig alleine bezahlen. Ich halte dieses Vorgehen für einen Skandal.

Brand- und Katastrophenschutz:

Spätestens seit der Flut in 2021 hat das Thema nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den politischen Gremien erheblich an Bedeutung gewonnen. In diesen Bereich investieren wir als Kreis deshalb zu Recht in den nächsten Jahren erhebliche Mittel mit dem Ziel, unsere Bevölkerung vor den Auswirkungen der sicher zunehmenden Katastrophen zu schützen. Wir haben gesehen, dass insbesondere auch unsere Gewässer hier besonders in den Blick genommen werden müssen.

Nach anfänglichem, teilweise auch übertriebenem Rodungsaktionismus an unseren Gewässern lässt unseres Erachtens ein nachhaltiges Gewässerunterhaltungskonzept nach wie vor auf sich warten. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf, der sich im Haushalt unseres Erachtens noch nicht in ausreichendem Maße wiederfindet. Ein im Haushalt für 2025 eingestellter Betrag i.H.v. 25.000 € zur Unterhaltung von über 190 km Gewässer möchte ich nicht weiter kommentieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir bemängeln seit Jahren die explodierenden Kosten in vielen Bereichen unseres Gemeinwesens. Die überbordende Bürokratie lähmt unsere Entwicklung und bedroht viele

unserer Betriebe, in denen das Geld erwirtschaftet wird, was wir über die öffentlichen Haushalte ausgeben. Ein glaubhafter Bürokratieabbau, wie er von allen Seiten gefordert wird, ist bisher kaum festzustellen, ganz im Gegenteil.

Es hilft nicht an einzelnen kleinen Rädchen zu drehen, sondern wir müssen beginnen, die Verwaltungsvorgänge auf 0 zu setzen und dann zu schauen, was wir tatsächlich brauchen. Wir sollten auch nicht den Fehler machen, zu versuchen, jeden Einzelfall noch in einer eigenen Vorschrift zu regeln. Das bläht den Apparat auf und führt zu immensen Kosten. Wir müssen akzeptieren, dass nicht jeder Einzelfall geregelt werden muss und dass es im Detail auch einmal zu Ungerechtigkeiten kommen kann. Der Versuch, jeden Einzelfall zu regeln, hat dazu geführt, dass wir unsere gesamte Gesellschaft und insbesondere auch die Wirtschaft so gelähmt haben, dass gleich kaum noch etwas funktioniert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Landrat, sehr geehrte Beigeordnete,

Es ist nicht nur üblich, sondern erforderlich, allen zu danken, die in diesem Jahr daran mitgearbeitet haben, dass unser Landkreis nach wie vor eine lebens- und liebenswerte Heimat ist und bleibt, in der wir uns sicher, geborgen und gut aufgehoben fühlen.

Wir danken auch für das gute und vertrauensvolle Miteinander mit der Verwaltung, dem Landrat an der Spitze und mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bei Ihnen, Herr Landrat Eibes möchten wir uns aus bekanntem Anlass besonders dafür bedanken, dass es Ihnen über die Jahre immer gelungen ist, über Parteigrenzen hinweg gemeinsam Lösungen zu finden. Wir Freien Wähler haben gerne mit Ihnen zusammengearbeitet und haben uns immer gut informiert und auch seitens der Verwaltung gut bedient gefühlt. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Wir wünschen Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest, alles erdenklich Gute im neuen Jahr, vor Allem aber Gesundheit.

Wir werden dem vorliegenden Haushalt 2025 zustimmen.

Alois Meyer

Vorsitzender Fraktion Freie Wähler im Kreistag Bernkastel-Wittlich

Escher Str. 5

54524 Klausen

alois.meyer@klausen.de